

**Eintretensreferat von Frau Therese Frösch, Co-Präsidentin SKOS anlässlich der Podiumsveranstaltung des Luzerner Forums für Sozialversicherungen und Soziale Sicherheit vom 4. Februar 2015 in Luzern**

Es gilt das gesprochene Wort.

## **Der Steuerwettbewerb begünstigt die Reichen und belastet die Bedürftigen**

### **Einkommens- insbesondere aber Vermögensungleichheiten nehmen in der Schweiz markant zu.**

Das ist nicht mehr als normal und natürlich, könnte man monieren: Die einen schaffen es aus eigener Kraft, die andern eben nicht! - Dem ist nicht so. Nach dem 2. Weltkrieg bis in die 70iger Jahre reduzierte sich (Recherchen: Hans Kissling, Nationalökonom/Autor) die Ungleichheit durch hohes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, progressive Steuern und die Etablierung von Sozialversicherungen, was breiteren Kreisen die Bildung von kleineren und mittleren Vermögen erlaubte. Die Trendwende kam durch Abschwächung des Wachstums (Sockelarbeitslosigkeit als neues Phänomen in der Schweiz), Globalisierung und Steuersenkungen für hohe Einkommen. Der Steuerwettbewerb mit tiefen Einkommens- und Unternehmenssteuern hat seither einen steten Zuzug von Reichen und Superreichen aus allen Herren Ländern zur Folge. Die Oase Wollerau beispielsweise gilt als eine der steuergünstigsten Gemeinden in ganz Europa. Heute liegt der Vermögensanteil der 10% Reichsten bei rund 70%. Bedeutend für die Ungleichheit ist zudem die geringe, fehlende und in den letzten Jahren vielerorts abgeschaffte Erbschaftssteuer. Der Anteil des vererbten Reichtums am Total des Vermögens in der Schweiz liegt bei über 70%. Es entsteht eine wachsende Schicht von Personen, die allein vom Erbe leben können. Das Phänomen der sehr hohen Vermögenskonzentration kann mit der Zeit negativen Einfluss auf die ganze Volkswirtschaft zeitigen (Realwirtschaft/Einkommen; Finanzwirtschaft/Kapitalerträge).

Was hat das mit der Sozialpolitik zu tun? Sehr viel, wenn wir an der Erkenntnis, dass soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit das Fundament der modernen Demokratie sind, festhalten. Sozialhilfeempfänger oder alleinstehende EL-Bezügerinnen haben keine Lobby. In den Parlamenten sind in Sachen Sozialhilfe/Sozialpolitik stets dieselben Mehrheiten am Zug. Vermögende können mit einem kleinen Anteil aus ihrem Vermögen Einfluss auf die Politik ausüben. Wahlspenden ist das eine. Geld kann aber auch bei Abstimmungen eine entscheidende Rolle spielen. Oder man kann die einzelnen Kantonsregierungen erpressen, indem man mit Wegzug droht. Kapital ist mobil, Arbeit und Löhne nicht oder bedeutend weniger.

Um dieser "feudalisierenden" Entwicklung entgegenzuwirken, bräuchte es dringend Veränderungen hin zu einer alternativen gerechteren Steuerpolitik. - Dazu noch folgendes Beispiel aus dem Kanton Bern: Der Grosse Rat hat in den letzten Jahren verschiedentlich Steuern gesenkt, obwohl er sich das finanziell eigentlich gar nicht leisten konnte (ordentliche Steuern, Autosteuer, Handänderungssteuer etc.). Im Gegenzug wurde die Sozialhilfe um 10% gesenkt, die Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien fast gänzlich abgeschafft und die geplanten Ergänzungsleistungen für Alleinerziehende kurzum versenkt.

**Damit sind wir bei der Sozialhilfe:** Heute werden 260'000 Menschen durch die Sozialhilfe unterstützt. Die Sozialhilfequote bewegt sich seit Jahren um die 3%. Dem Bevölkerungswachstum entsprechend ist die Anzahl der Sozialhilfeempfänger jedoch steigend. Ein Drittel arbeitet, ein Drittel ist erwerbslos und ein Drittel sind sogenannte Nichterwerbspersonen (Krankheit, Alleinerziehende etc.). Die Hälfte der Menschen in der Sozialhilfe hat keine berufliche Ausbildung. Die jährlichen Kosten für die Sozialhilfe betragen 2.4 Mia. Das sind 0.4% des BIP oder rund die Hälfte der jährlichen Subventionen an die Landwirtschaft. Der Grundbedarf für eine Einzelperson beträgt 986 Franken. EL 1'600 Franken, betriebsrechtliches Existenzminimum 1'200 Franken. In einer vierköpfigen Familie ergibt das pro Kopf und Tag 17.50 Franken für Essen, Kleider, Hygiene, Transport und alle anderen Haushaltsaufwendungen. Die Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz für Menschen in Not. Durch Sparmassnahmen in den vorgelagerten Sicherungssystemen wie IV und ALV sowie durch erhöhte Flüchtlingszahlen (kommen nach 5-7 Jahren vom Bund zu den Gemeinden) wachsen die Anforderungen an die Sozialhilfe. Kostendruck entsteht ausserdem durch hohe Mietzinse und Krankenkassenprämien erhöhungen, durch ungelöste gesellschaftliche Probleme wie Scheidungsrate und Alleinerziehende sowie durch kantonale Sparmassnahmen bei Stipendien und Prämienverbilligungen. Das Schlüsselproblem ist und bleibt jedoch die berufliche Integration. Trotz grösster Anstrengungen ist es sehr schwierig, Menschen mit gewissen Handicaps (über 55, ohne Ausbildung, sprachliche oder gesundheitliche Nachteile) in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Hier braucht es neben dem Willen der Betroffenen deutlich mehr Engagement der Wirtschaft.

Die SKOS-Richtlinien sind dieses Jahr Gegenstand eines breit angelegten Revisionsprozesses. Aus Sicht der grossen Mehrheit unserer Mitglieder (alle Kantone und 1500 Gemeinden und Städte) funktioniert die Sozialhilfe grundsätzlich gut. Es besteht jedoch Handlungsbedarf bezüglich einiger Elemente der Richtlinien. Kritik nehmen wir sehr ernst und wir sind gespannt auf die Resultate der Vernehmlassung.

**Zum Schluss:** Sozialhilfe ist als "letztes Rettungsnetz" ein wichtiges Element des schweizerischen Sozialstaats. Indem die Sozialhilfe materielle Not verhindert, trägt sie zum sozialen Frieden und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit zu wichtigen Standortfaktoren bei. Das ist ein nicht zu unterschätzender Trumpf für die Schweiz. Sozialhilfe sorgt auch dafür, dass Kinder einen fairen Start ins Leben haben, indem sie auch Working-Poor-Familien und Alleinerziehende unterstützt. Jede dritte Person in der Sozialhilfe ist ein Kind. Als langjährige Finanzdirektorin der Stadt Bern, aber auch heute als SKOS-Co-Präsidentin bin ich der Meinung, dass die Optimierung von Finanz- und Steuerpolitik nicht als Primat über allen anderen Staatsaufgaben stehen darf. Denn, nach der Präambel der Bundesverfassung misst sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen. Das ist nicht nur ein wohlklingender Satz, sondern eine Verpflichtung zu Solidarität - auch wenn sie etwas kostet.

Therese Frösch/5.2.15